

Steuern und Finanzen: Eine Wende tut Not!

Bürgerliche Staatsabbaupolitiker treiben mit ihrer verantwortungslosen Sparmanie den Kanton Zürich in den Ruin. Sie setzen dabei nicht nur die hoch stehende Infrastruktur unseres Kantons aufs Spiel, sondern büdren vermeintliche Einsparungen mittels Lastenverschiebungen den Gemeinden auf. Zudem treiben sie mit einschneidenden Lohn- und Personalsparmassnahmen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft. Wir fordern die Wende hin zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Finanzpolitik unter ökologischen Gesichtspunkten.

Die Finanzen des Kantons Zürich befinden sich seit Jahren in Schieflage. Nach der Abschaffung von Erbschafts- und Handänderungssteuer sowie mehrmaliger Senkung des Steuerfusses in den vergangenen 6 Jahren, reiht sich Defizit an Defizit. Der mittelfristige Ausgleich ist einmal mehr nicht gewährleistet, und das nach zwei Sparpaketen und dem Golderlös 2005 von 1,6 Mia. Franken! Der Regierungsrat hinkt mit seinen Sparprogrammen dem bürgerlichen Steuersenkungsfetischismus immer einen Schritt hinterher. Eine verantwortungsvolle finanzpolitische Planung ist damit unmöglich.

Wegen der bürgerlichen Bankrottspolitik stehen Leistungsqualität und Funktionstüchtigkeit der hoch stehenden Infrastruktur des Kantons Zürichs auf dem Spiel. Im Rahmen der Sparprogramme sollen zwischen 2004 und 2009 rund 3 Mia. Franken gestrichen werden! Dies vorab im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch im Umweltbereich und ganz besonders beim kantonalen Personal, das in den letzten 15 Jahren eine Reallohninbusse von knapp 20% hinnehmen musste. Daneben beruhten verschiedene Einsparungen auf der Lastenverschiebung auf die Gemeinden!

«Was den Sinn von Steuersenkungen angeht, so ist es natürlich richtig, dass diese für sich alleine noch keine Politik ausmachen.» (Claudio Zanetti, SVP-Parteisekretär)

Mit der Ausgabenbremse, basierend auf dem mittelfristigen Ausgleich über 8 Jahre, verfügt der Kanton Zürich über ein untaugliches und gänzlich unpraktikables Instrument zur Sicherung des Haushaltgleichgewichts. Nach Überzeugung der Grünen muss die Regulierung des Finanzhaushaltes über die politische Diskussion und nicht über situationsblinde Mechanismen stattfinden. Das Versagen der Politik in den letzten Jahren sollte nicht dazu führen, dass sich die Politik aus der Verantwortung für eigenständige Entscheide und klare Begründungen stiehlt.

Handlungsbedarf

Die Grünen wehren sich gegen einen weiteren Staatsabbau und fordern, dass zum Ausgleich des Finanzhaushalts die Einnahmen- der Ausgabenseite angepasst wird. Nach jahrelangen Sparübungen ist die Zitrone ausgepresst. Finanz- und Steuerpolitik im Kanton Zürich sind zu überprüfen. Dazu gehört auch das System des Haushaltgleichgewichts mit der Ausgabenbremse.

Sparmassnahmen haben dem Staatspersonal arg zu gesetzt. Nach einem Abbau von mehr als 2000 Stellen haben Belastung und Druck am Arbeitsplatz enorm zugenommen. Zudem wurde in den vergangenen Jahren wiederholt Lohnabbau betrieben, indem der Stufenanstieg ausgesetzt, die Teuerung nur teilweise oder gar nicht ausgeglichen und die Dienstaltersgeschenke reduziert wurden. Für qualifizierte und motivierte Mitarbeitende braucht es ein politisches Signal hin zu einer gerechten und marktwirtschaftlich konkurrenzfähigen Lohn- und Personalpolitik.

Denn damit der Kanton Zürich seine führende Rolle weiterhin wahrnehmen kann, braucht es gut qualifiziertes und motiviertes Personal. Im interkantonalen Vergleich ist Zürich aber längst kein attraktiver Arbeitgeber mehr. So liegt die Lohnsummenzunahme im Kanton Zürich 2006 deutlich unter jener der anderen Deutschschweizer Kantone und des Bundes. Davon betroffen sind rund 40'000 MitarbeiterInnen des Kantons und mit ihnen nochmals rund 20'000 Angestellte in Gemeinden und weiteren Institutionen mit kantonalen Lohnregelungen.

Die Grünen fordern eine nachhaltige Finanzpolitik im Kanton Zürich, die nicht nur den Ausgleich zwischen den unabdingbaren Ausgaben und Einnahmen zum Ziel hat, sondern um ein Gleichgewicht und eine verantwortungsvolle und solidarische Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik besorgt ist. Dem Staatsabbau ist ein Riegel zu schieben und dem interkantonalen Steuerwettbewerb eine klare Absage zu erteilen.

Unsere Forderungen

- 1. Standortqualität statt Steuerwettbewerb:** Standortattraktivität ist nicht nur eine Frage des niedrigen Steuerfusses, sondern bedingt ein hoch stehendes Bildungssystem, international anerkannte Forschungseinrichtungen, einen gut qualifizierten Arbeitsmarkt, gut funktionierende Infrastruktur und schliesslich weiche Standortfaktoren wie Wohn- und Lebensqualität sowie intakte Umwelt. Der Kanton Zürich mit seiner Zentrumsfunktion muss seinen Qualitäten und Vorzügen Sorge tragen, anstatt sie im Kampf um gute Steuerzahler aufs Spiel zu setzen.
- 2. Personal:** Bis 2010 sieht die Finanzplanung eine Plafonierung der Lohnentwicklung von nur 0,7% für Teuerung und Beförderungen vor. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Knusrigkeit der öffentlichen Hand ein Ende zu setzen! Um zu verhindern, dass das Personal in die Privatwirtschaft abwandert, ist eine arbeitsmarktliche Entschädigung unerlässlich.
- 3. Haushaltsgleichgewicht:** Die Grünen lehnen das System der Ausgabenbremse und des mittelfristigen Ausgleichs nach wie vor ab. Angesichts des Versagens der bisherigen Normen und der politischen Vernunft sind gewisse Automatismen, Plafonds und Richtlinien sinnvoll, vorausgesetzt, sie sind Bestandteil eines in sich ausgewogenen Systems.
- 4. Ökologische Finanzreform:** Das geltende Finanzsystem basiert hauptsächlich auf der Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Schädigung und Ausbeutung der Umwelt erfolgen dabei unvermindert zum Nulltarif. Die Umweltpolitik verlässt sich auf Gebote und Verbote. Eine ökologische Finanzpolitik nutzt die Chancen marktwirtschaftlicher Instrumente für die Umweltpolitik. Mit einer ökologischen Finanzreform sollte neben der finanziellen Leistungsfähigkeit die Beanspruchung der Umwelt zum zentralen Kriterium der Besteuerung werden, wobei der Ressourcenverzehr und die Umweltbelastung durch die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips und durch Lenkungsabgaben gebremst werden kann.